SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

From the Beginning of Cooperation to the End of the Cold War (Bilinguale Geschichte)

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

Fachlicher Hintergrund

Politik der Entspannung und Annäherung: Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Zwischen Anfang und Mitte der 70er-Jahre waren die internationalen Beziehungen zwischen Ost und West von einer Politik der Entspannung und Annäherung geprägt. Bereits 1967 hatten die Mitgliedsstaaten des Warschauer Pakts die Idee, eine **Sicherheitskonferenz** durchzuführen, an der alle europäischen Staaten teilnehmen sollten. Es dauerte allerdings noch sechs Jahre, bis man diesen Vorschlag in die Tat umsetzte. Am 3. Juli 1973 wurde schließlich die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) in Helsinki eröffnet. Auf Drängen der westlichen Staaten nahmen auch die USA und Kanada als vollwertige Stimmberechtigte daran teil. Die zweite Phase der Verhandlungen der 35 Teilnehmerstaaten erfolgte zwischen September 1973 und Juli 1975 in Genf. In diesem Zeitraum wurden die bedeutenden Schlussdokumente ausgearbeitet. Am 1. August **1975** unterzeichneten die Vertreter der Teilnehmerstaaten schließlich die **KSZE-Schlussakte**.

Bei diesem Dokument handelte es sich nicht um einen bindenden Vertrag. Vielmehr sicherten sich die beteiligten Nationen durch die Unterzeichnung gegenseitig zu, künftig innen- und außenpolitisch gewisse **Prinzipien** zu **respektieren**. Hierunter fielen der Verzicht auf Gewalt und Eingreifen bei inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, das Achten von Grund- und Menschenrechten sowie das friedliche Zusammenarbeiten zwischen den Staaten, auch im Fall von Konflikten. Des Weiteren verständigte man sich auf vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich sowie auf wirtschaftliche und wissenschaftliche Kooperation.

Wiederaufflammen des Konflikts: Modernisierung von Raketen und NATO-Doppelbeschluss

Wie schwierig das Einhalten der getroffenen Vereinbarungen werden sollte, wurde bereits in den Jahren 1976 und '77 deutlich, als die Sowjetunion begann, ihre auf Europa gerichteten S-4- und S-5-Mittelstreckenraketen durch moderne SS-20-Raketen zu ersetzen. Die SPD-geführte Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt sah diesen Schritt als Bedrohung an und wandte sich an die Verbündeten der BRD innerhalb der NATO, um mögliche Gegenmaßnahmen zu diskutieren. Man einigte sich schließlich auf zwei parallele Ansätze, die im sogenannten **NATO-Doppelbeschluss** vom 12. Dezember 1979 festgehalten wurden. Dieser sah zum einen die Nachrüstung bodengestützter atomarer Mittelstreckenwaffen (Pershing-II und BGM-109-Tomahawk) in Westeuropa, vor allem in der BRD, vor. Zum anderen setzte man auf **bilaterale Verhandlungen** zwischen den USA und der Sowjetunion, bei denen es um die Begrenzung ihrer atomaren Mittelstreckenraketen (*Intermediate Nuclear Forces*, kurz: *INF*) in Europa ging.

Innerer Widerstand: Die Friedensbewegung

Infolge des NATO-Doppelbeschlusses entstand in Westeuropa und den USA innerhalb kurzer Zeit eine breite Friedensbewegung mit verschiedenen Themenschwerpunkten. In Deutschland nahmen vielerorts mehrere hunderttausend Menschen an den bundesweit organisierten **Demonstrationen** teil. Zur Friedensdemonstration auf der Bonner Hofgartenwiese im Oktober 1981 kamen beispielsweise mehr als 300 000 Menschen. Getragen wurden die Proteste vor allem von den Grünen sowie kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppierungen. Aber auch Teile der SPD unterstützten die Forderung der Demonstranten, den NATO-Doppelbeschluss zurückzunehmen und Mitteleuropa zu einer „atomwaffenfreien Zone" zu erklären.

Im sogenannten **„Krefelder Apell"** forderte die westdeutsche Friedensbewegung die Bundesregierung auf, ihre Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluss zurückzuziehen. Den bereits 1980 veröffentlichten Aufruf unterzeichneten bis 1983 über vier Millionen Bürger. Heute ist allerdings bekannt, dass die Initiative maßgeblich vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR ausging.

Politische Folgen: Der Regierungswechsel in Deutschland

Innerhalb der SPD führte die Frage über die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland zu einer Spaltung in zwei Lager. Zunächst von Kanzler Helmut Schmidt initiiert, sprach sich auf dem SPD-Parteitag im November 1983 eine überwältigende Mehrheit gegen die Stationierung aus.

Nach dem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen Schmidt kam es im Oktober 1982 zu einem Regierungswechsel in der BRD. Im Bundestag dominierte nun eine Koalition aus CDU/CSU und FDP und so wurde die **Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen** in der BRD am 22. November 1983 mit knapper Mehrheit verabschiedet. Bereits am Folgetag begannen die USA mit der Stationierung von Pershing-II-Raketen auf deutschem Boden. Gleichzeitig brach die Sowjetunion die im November 1981 begonnenen Verhandlungen mit den USA ab. Die Bemühungen der Friedensbewegung, mit Friedenscamps, Sitzblockaden und Menschenketten die Nachrüstung noch in letzter Minute zu verhindern, scheiterten.

Beendet wurde die Streitfrage um die amerikanischen und sowjetischen atomaren Mittelstreckenraketen schließlich durch die so genannte **Doppel-Null-Lösung** des INF-Vertrags von 1987. Der damalige US-Präsident **Ronald Reagan** und der sowjetische Präsident **Michail Gorbatschow** vereinbarten, alle nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa abzubauen und zu vernichten. Zudem einigten sie sich auf ein Produktionsverbot für Raketen dieses Typs.

Das Ende des Kalten Kriegs

Mit dem **Fall der Berliner Mauer** am 9. November 1989 wurde ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zur Ost-West-Verständigung beseitigt. Am 3. Dezember 1989 kamen US-Präsident George **Bush** und Michail **Gorbatschow** zu einem **Gipfeltreffen** auf einem Kreuzfahrtschiff vor der maltesischen Küste zusammen. Im Zentrum der Gespräche standen die deutsche Einheit, die Entwicklungen in Osteuropa, Abrüstungsfragen sowie der Abbau von Handelsbeschränkungen. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz kündigten die beiden Präsidenten schließlich eine verstärkte Zusammenarbeit an.

Infolge der neuen politischen Situation gaben die NATO-Mitgliedsstaaten am 6. Juni 1990 in London eine **Erklärung**, **„Die Nordatlantische Allianz im Wandel“**, zur veränderten militärischen Lage und zur künftigen Rolle des Militärbündnisses in Europa ab. Als einzige gesamteuropäische Institution war es schließlich die KSZE, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes den Rahmen für die Neuordnung Europas abstecken konnte. Als im November 1990 die Vertreter der 35 Mitgliedsstaaten die „Charta von Paris für ein neues Europa“ unterzeichneten, sah man den Ost-West-Konflikt nach Jahrzehnten endgültig als beendet an.

Didaktisch-methodisches Konzept

Für welche Lerngruppe ist die Reihe konzipiert?

Die vorliegende Unterrichtsreihe ist für den bilingualen Geschichtsunterricht in der **Sekundarstufe II** konzipiert. Die Schülerinnen und Schüler sollten bereits über **Vorwissen zum Verlauf des Kalten Kriegs** und dessen Ursachen verfügen. Wichtige Themen sind in diesem Zusammenhang die Berlin-Problematik, die Stellvertreterkriege, die Kuba-Krise, der Atomwaffensperrvertrag und die SALT-I-Verträge. Es ist sinnvoll, die Unterrichtseinheit im direkten Anschluss an die RAAbits-Reihe „*From Cold War to Détente*“ einzusetzen, die den Zeitraum vom Beginn des Kalten Kriegs bis 1975 abdeckt.

Wie vermittle ich das Thema in der Fremdsprache?

Es bietet sich an, die **thematische Wortschatzliste** bereits zu Beginn der Unterrichtsreihe als Lernwortschatz auszuteilen. Da die unterschiedlichen Quellentexte, ebenso wie der Text, den die Lernenden in der Klausur bearbeiten, annotiert sind, ist eine weitere Vorentlastung nicht nötig.

Wo liegen die inhaltlichen Schwerpunkte der Reihe?

Den inhaltlichen Schwerpunkt der Reihe stellen die **internationalen Beziehungen zum Ende des Kalten Kriegs** dar. Im Fokus stehen dabei Quellen, die einerseits die Annäherung der Kontrahenten des Kalten Kriegs zeigen (KSZE-Schlussakte). Andererseits machen die verwendeten Quellen aber auch die anhaltenden Spannungen bis in die frühen 90er-Jahre deutlich (NATO-Doppelbeschluss). Das Ende des Kalten Kriegs und dessen Rezeption werden in der vierten Stunde analysiert. Zwar werden auch die Auswirkungen auf die BRD untersucht, doch sind weder die deutsch-deutschen Beziehungen, noch der Mauerfall explizit Thema dieser Reihe. Hier liegt der Schwerpunkt auf den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion. In der

SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

From the Beginning of Cooperation to the End of the Cold War (Bilinguale Geschichte)

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de